



Suchergebnisse: Kabinett

Dezember 1662 – Kurfürst Ferdinand Maria gibt den Bucintoro in Auftrag

Starnberg * Kurfürst Ferdinand Maria gibt den „Bucintoro“, das große Leibschiff der kurfürstlichen Flotte, in Auftrag. Die Anregung für den „Bucentaur“ kommt aus dem Roman „Clélie“, der Lieblingslektüre der Kurfürstin Henriette Adelaide. In dieser Geschichte schildert Madeleine de Scudery ein rauschendes Fest, das eine fürstliche Gesellschaft auf einer luxuriösen Galeere zu Ehren der Göttin Venus feiert. Die selbe Lektüre war auch der Anstoß für das Herzkabinett in der Münchner Residenz. Der schwimmende Palast entsteht unter Beteiligung venezianischer Schiffsbau-Meister. Die Leitung hat der „welsche ingeniere“ Francesco Santurini aus Venedig, der für den Kurfürsten schon als Theater-Architekt tätig ist und der sich deshalb den eigentümlichen Titel eines „Schiffmaisters zu Starnberg“ einhandelt. Neben den zwei venezianischen Meistern beteiligte sich noch eine große Zahl einheimischer Arbeitskräfte am Schiffsbau. Selbst aus der Außenwelt kommen Zimmerleute.

Februar 1664 – Der „Bucintoro“ - Vorbild aus Venedig

Starnberg * Kistler fertigen die Wand- und Deckenverkleidungen sowie die Parkettböden des „Bucintoro“. Anschließend werden die Räume vertäfelt, bemalt, gefasst und vergoldet. Die Baukosten belaufen sich schließlich auf insgesamt 20.040 Gulden. Selbst die 268.000 verwendeten Nägel machen dabei nur einen vergleichsweise geringen Anteil aus. Den größten Kostenpunkt bilden die Arbeiten der Vergolder und Maler, für die rund 4.600 Gulden aufgewendet werden. Francesco Santurini orientiert sich beim Bau des Schiffes an der prunkvollen Staatsgaleere des Dogen von Venedig. Mit diesem Schiff fährt der Doge jedes Jahr an Christi Himmelfahrt hinaus auf die Adria, um in einer feierlichen Zeremonie die symbolische Vermählung Venedigs mit dem Meer zu vollziehen. Dabei wirft er einen goldenen Ring ins Wasser. Die wegen ihres reichen Goldschmucks als „Bucintoro“ bekannte venezianische Staatsgaleere dient als Vorbild für den kurfürstlichen „Bucintoro“. Mit einer Länge von mehr als 30 Metern und drei übereinanderliegenden Decks soll das bayerische Prunkschiff jedoch noch größer und prächtiger gewesen sein als sein venezianisches Vorbild. An den großen Rudern sitzen jeweils zwei Mann; insgesamt sorgen 68 Ruderer für den Vortrieb. Weitere 32 Ruderer bedienen die kleineren Ruder, sodass die Besatzung insgesamt rund 100 Ruderer umfasst. Hinzu kommen acht Matrosen, die für den Anker zuständig sind, sowie zwei weitere Männer, die das eindringende Wasser auspumpen. Die Mannschaft ist auf dem unteren Deck untergebracht. Im



hinteren Teil des Schiffes befinden sich zwölf Kanonen. Sie dienen nicht nur der Repräsentation, sondern verleihen dem schwimmenden Palast zugleich das notwendige Gewicht und die erforderliche Stabilität. In der Nähe der Pulverkammer wird eine Statue der heiligen Barbara aufgestellt, die als Schutzpatronin vor Unglück und Gefahr gilt. Den Bug schmückt eine vergoldete Figur des Meeresgottes Neptun. Anstelle des traditionellen Dreizacks hält sie die bayerische Fahne in den Händen. Auf dem obersten Deck spielen die Musikanten, während sich auf dem mittleren Deck der prunkvolle Festsaal mit einem Springbrunnen sowie zwei Kabinette befindet, die dem kurfürstlichen Paar vorbehalten sind. Da der „Bucintoro“ auf dem Starnberger See und nicht in den Lagunen Venedigs eingesetzt wird, darf sein Tiefgang lediglich drei Fuß betragen. Das Schiff besitzt daher keinen Kiel, sondern einen flachen Boden. Diese Bauweise führt mehrfach zu gefährlichen Situationen. Dennoch kann das Prunkschiff bis zu 500 Personen aufnehmen.

5. Mai 1718 – Das Schloss Suresnes wird ein Adelssitz mit Niedergerichtsbarkeit

Schwabing * Kurfürst Max Emanuel lässt das Schlösschen seines Geheimen Rats und Kabinettssekretärs Ignaz von Wilhelm unter dem Namen Sourenne zu einem adeligen Sitz erheben und mit der Niedergerichtsbarkeit ausstatten. Das Schloss mit seinem Garten an der Werneckstraße in Schwabing ist noch erhalten und trägt den Namen Suresnes.

19. Februar 1727 – Kölns Kurfürst Clemens August erhält Schloss Suresnes zur Nutzung

Schwabing * Mit einem Vertrag überlässt der Geheime Rat und Kabinettssekretär Franz Xaver Ignaz von Wilhelm sein in Schwabing gelegenes Schloss Suresnes dem Kölner Kurfürsten Clemens August zur Nutzung. Dafür erhält Wilhelm das Nutzungsrecht am Schloss Ammerland am Starnberger See „mit der Jagd, der Fischerei und der Gärtnerei“. Die Eigentumsrechte und Unterhaltungspflichten an beiden Schlössern bleiben durch diesen Vertrag unangetastet. Über die Hintergründe des Nutzungstausches gibt es keine Unterlagen. Die Vermutung ist naheliegend, dass der Kölner Fürstbischof eine verschwiegenes Absteigequartier nahe Münchens für seine amourösen Vergnügungen sucht. Der prachtliebende und den Freuden des Lebens sehr zugetane Fürst, der aufgrund seiner fünf Bistümer auch „Monsieur de Cinq-Eglises“ genannt wird, ist bis zum Todesjahr des Geheimen Rats Franz Xaver Ignaz von Wilhelm, 1741, Hausherr auf Schloss Suresnes.



17. April 1776 – Johann Jakob Hemmer entwickelt den Hemmerschen Fünfspitz

Trippstadt * Im süddeutschen Raum entwickelte Johann Jakob Hemmer, Leiter des Physikalischen Kabinetts am Hof des Kurfürsten Carl Theodor in Mannheim, den Hemmerschen Fünfspitz. Der erste Blitzableiter hemmerscher Art wird auf dem Schloss des Freiherrn von Hacke in Trippstadt/Pfalz installiert. Die weitere Entwicklung des Blitzableiters wird durch eine Verordnung des Kurfürsten Carl Theodor beschleunigt. Er bestimmt, dass alle Schlösser und Pulvertürme des Landes mit Blitzableitern auszurüsten sind.

30. September 1777 – Die fehlende Vakatur verhindert Mozarts Anstellung in München

München-Graggenau * Wolfgang Amadeus Mozart antichambriert mit Kurfürst Max III. Joseph in der Residenz. Den Verlauf des Gesprächs schreibt Wolfgang Amadé an seinen Vater: „Als der Kurfürst an mich herankam, sagte ich: „Euer Kurfürstliche Durchlaucht erlauben, daß ich mich untertänigst zu Füßen lege und meine Dienste antragen darf“ – „Ja, völlig weg von Salzburg? – „Ja, Euer Kurfürstliche Durchlaucht“ – „Ja, warum denn, habts enck z'kriegt?“ – „Ei, beileibe, Eurer Durchlaucht: ich habe nur um eine Reise gebeten, er [der Salzburger Fürstbischof] hat sie mir abgeschlagen, mithin war ich gezwungen, diesen Schritt zu machen; obwohl ich schon lange im Sinn hatte, wegzugehen, denn Salzburg ist kein Ort für mich.“ - „Mein Gott, ein junger Mensch! Aber der Vater ist noch in Salzburg?“ - „Ja, Euer Kurfürstliche Durchlaucht. Ich bin schon dreimal in Italien gewesen, habe drei Opern geschrieben, bin Mitglied der Akademie in Bologna, habe müssen eine Probe ausstehen, wo viele Maestri 4 bis 5 Stunden gearbeitet und geschwitzt haben, ich habe es in einer Stund verfertigt: das mag zum Zeugnis dienen, daß ich im Stande bin, in einem Hofe zu dienen.“ – „Ja, mein liebes Kind, es ist keine Vakatur da. Mir ist es leid, wenn nur eine Vakatur da wäre“ – „Ich versichere Euer Durchlaucht, ich würde München gewiß Ehre machen“ – „Ja, das nutzt alles nichts. Es ist keine Vakatur da“ - Dies sagte er gehend. Nun empfahl ich mich zu höchsten Gnaden.“ Gerade weil der Kurfürst so musikverständlich war, müssen andere Gründe als die fehlende Planstelle der Anstellung Mozarts im Wege gestanden haben. Hätte Baierns Kurfürst Max III. Joseph die Anstellung Wolfgang Amadeus Mozarts wirklich gewollt, so hätte er die Planstelle für den Hofmusiker auch durchgesetzt und Mittel und Wege der Finanzierung gefunden. Es trifft freilich zu, dass im Bereich der Hofmusik damals die Ämter des Kapellmeisters, des Kammerkompositeurs und der Konzertmeister besetzt waren. Und dennoch war die Aussage mit der fehlenden Vakatur eine typische Sachzwang-Argumentation. Guten Willen vorausgesetzt, hätte der bayerische Herrscher den Komponisten aus seiner Kabinettskasse bezahlen können, wie er es schon mehrmals bei bedeutenden Sängerinnen und Sängern machte. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, Mozart den Auftrag für eine Oper zu erteilen. Es scheint naheliegend, dass Mozarts Musik nicht dem



kurfürstlichen Geschmack entsprochen hat. Kurfürst Max III. Joseph war ein überzeugter Anhänger der älteren neapolitanischen Virtuosenoper. Mozarts Musik dürfte ihm zu wenig traditionell, zu reich, zu vielschichtig, kurz - zu modern gewesen sein. Seine eigenen, etwas altväterlichen Kompositionen scheinen dies zu bestätigen. Die Ursachen liegen aber zweifellos am Salzburger Bischofshof. Denn wer, wie Mozart, gegen den Bischof von Salzburg aufmümpfige Reden führt und es nicht versteht sich den hergebrachten ständischen Normen und hierarchischen Strukturen zu unterwerfen, für den ist auch am bayerischen Hof kein Platz. Da kommt Kurfürst Max III. Joseph die Argumentation, dass er jeden ausgegebenen Gulden seinen Untertanen vom Mund absparen muss, nur gelegen.

1785 – Kurfürst Carl Theodor lässt den Rittersitz Biederstein erbauen

Schwabing * Kurfürst Carl Theodor lässt für seinen Kabinettssekretär und - vermutlich - illegitimen Sohn Stephan Freiherr von Stengel den Rittersitz Biederstein erbauen.

17. Dezember 1785 – Kurfürst Carl Theodor beschenkt Stephan von Stengel

Schwabing * Kurfürst Carl Theodor überlässt den „gefreiten Sitz zu Manns- und Weibsritterlehen“ seinem Geheimen Kabinettssekretär Stephan von Stengel. Stengel erweitert seinen Besitz durch Zukäufe und nennt seinen Rittersitz mit Niedergerichtsbarkeit künftig Schloss Biederstein.

21. Februar 1799 – Montgelas übernimmt das Département der Auswärtigen Angelegenheiten

München * Kurfürst Max IV. Joseph überträgt Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas als Geheimer Staats- und Konferenzminister das Département der Auswärtigen Angelegenheiten. Damit ist Montgelas Kabinettschef, weil es das Amt des Ministerpräsidenten noch nicht gibt.

März 1799 – Der Englische Garten ist dem kurfürstlichen Kabinett unterstellt

München-Englischer Garten * Der Englische Garten ist inzwischen nicht mehr der Militärbehörde, sondern dem kurfürstlichen Kabinett unterstellt. Reinhard Freiherr von Werneck ist hauptamtlicher Direktor des 375 Morgen großen Englischen Gartens. Er untersteht aber dem zum Gartenbaudirektor für die Rheinpfalz und ganz Baiern ernannten Friedrich Ludwig Sckell. Werneck achtet hauptsächlich auf die wirtschaftliche Rentabilität der Gartenanlage. Durch



landwirtschaftliche Einrichtungen soll sich das Gartenprojekt selbst tragen - und möglichst sogar einen Gewinn erwirtschaften. Dies will Werneck durch die Erweiterung der Wiesen- und Waldflächen, durch eine Vergrößerung des Viehbestandes und den Ausbau der Ökonomie und der Mühlen erreichen. Die Ökonomie und die Schweizerey wird dem Englischen Garten einverleibt.

12. Mai 1799 – Der erste evangelische Gottesdienst in München

Schloss Nymphenburg * Kabinettsprediger Ludwig Friedrich Schmidt hält den ersten evangelischen Gottesdienst in München im Schloss Nymphenburg. Er ist mit der jungen Kurfürstin Friederike Wilhelmine Caroline Prinzessin von Baden nach München gekommen.

5. Juli 1806 – Die erste Protestantische Stadtpfarrei München

München * Kabinettsprediger Ludwig Friedrich Schmidt kann die Protestantische Stadtpfarrei München einrichten.

1. März 1808 – Die Thurn und Taxis lesen heimlich die ihnen anvertrauten Briefe

München - Regensburg * Minister Montgelas hat ausreichend belastendes Material gegen die Thurn und Taxis gesammelt und kann nun König Max I. Joseph handfeste Beweise auf den Tisch legen. Demnach öffnen und lesen die Thurn und Taxis in ihren „Schwarzen Kabinetten“ heimlich die ihnen anvertrauten Briefe. Das Material ist so erdrückend, dass man sich in Regensburg keine Mühe zur Entgegnung macht. Der Taxische Beamte Alexander von Vrints gibt alles zu und räumt ein, dass dies seit hundert Jahren bei den Taxis übliche Praxis sei. Mit der Verordnung über die Einrichtung einer General-Direktion der Königlichen Posten wird in Baiern die Thurn und Taxischen Reichsposten beseitigt. Man unterstellt die Post dem Ministerium des Königlichen Hauses und des Äußeren. Mathilde Therese, die Ehefrau des Fürsten Carl Alexander von Thurn und Taxis und Nichte von Max I. Joseph, erreicht noch, dass sie als Ablösesumme Teile des ehemaligen Regensburger Hochstifts erhält, nämlich Wörth, Donaustauf und Wiesent. Außerdem bekommt das Haus Thurn und Taxis 60.000 Gulden und die Würde eines bayerischen Reichsoberpostmeisters mit der Funktion „der Oberaufsicht bei feierlichen Zügen und Auffahrten“ und die Befugnis, bei hochhoffiziellen Anlässen den Reichsapfel zu tragen.



1812 – Ein Gewächshaus für den Alten Botanischen Garten

München-Maxvorstadt * In den Jahren 1812/13 wird an der Nordseite des Alten Botanischen Gartens ein Gewächshaus errichtet. Die Eisen-Glas-Konstruktion ist etwa 135 Meter lang, besitzt sechs Kabinette, von denen die Hälfte als warme Abteilung, die andere als kalte Abteilung genutzt wird. Das Gewächshaus ist eingespannt zwischen zwei steinernen Eckbauten mit dorischem Fries und Giebel. Der östliche Eckpavillon wird als Direktorenwohnhaus, der Westliche als Gärtnergebäude genutzt.

6. November 1839 – Die Frauen vom guten Hirten können ihre Seelsorge aufnehmen

Haidhausen * König Ludwig I. erteilt in einer Kabinetts-Order den Auftrag, dass die Frauen vom guten Hirten ihre Seelsorge in den Räumen des ehemaligen Haidhauser Preysing-Schlosses aufnehmen sollen.

16. Februar 1847 – Verärgert entlässt König Ludwig I. das gesamte Kabinett

München * Die Veröffentlichung des Memorandums von Karl August von Abel in der Augsburger Allgemeinen Zeitung verärgert den starrsinnigen König derart, dass er in seiner Empörung die vier aufsässigen Minister entlässt. Für die Ultramontanen um Minister Karl August von Abel kommen jetzt liberale Männer in Amt und Würden. Man spricht jetzt vom „Ministerium der Morgenröte“. Mit der Neubesetzung der Ministerien steht der Ernennung der Señora Lola Montez zur Gräfin Maria von Landsfeld nichts mehr im Weg. Immerhin ist es den deutschen Landesfürsten seit dem Jahr 1806 möglich, selbst Adelsbriefe auszustellen. Auch König Ludwig I. macht von dieser Regelung regen Gebrauch und adelt seine Künstler reihenweise - bezahlt sie dafür aber schlecht.

30. November 1847 – König Ludwig I. bildet das Kabinett um

München-Kreuzviertel * Auch deshalb, weil sich die „Herren Minister“ weigern, die Gräfin von Landsfeld zu gesellschaftlichen Veranstaltungen einzuladen, bildet König Ludwig I. - gleich nach Beendigung der Stände-Versammlung - das Kabinett um. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein wird Minister des Königlichen Hauses und des Äußeren sowie Minister des Inneren für Kirchen- und Schulangelegenheiten.



15. November 1852 – Provisorische Unterbringung des Athenäums

München-Maxvorstadt * Das Athenäum, das erst im Jahr 1857 nach seinem Stifter in „Königliches Maximilianeum“ benannt wird, findet mit sechs Zöglingen vorläufig Unterkunft in einem Mietshaus an der Oberen Amalienstraße 72, in der Nähe der Universität. Es trägt den Namen „Vorschule eines Erziehungsinstituts für den höheren Staatsdienst“. Seit dieser Zeit lässt man jedes Jahr drei weitere Zöglinge folgen. Die Übergangslösung ist wegen der fehlenden notwendigen Mittel im Staatshaushalt und in den bestehenden Studienfonds. Da sich der bayerische König in dieser Angelegenheit nicht an das Parlament wenden will, greift Max II. kurz entschlossen in die eigene Kabinettskasse.

4. April 1857 – Startschuss für die Gartenanlage auf der Isaranhöhe

München-Haidhausen * Bayernkönig Max II. gibt ein halbes Jahr vor der Grundsteinlegung für das Maximilianeum - den Startschuss für die Entstehung der Gartenanlage auf der Isaranhöhe, indem er schreibt: „Ich lasse auf Kosten Meiner Kabinettskasse einen Fußweg auf dem rechten Isarufer zwischen Haidhausen und Bogenhausen herstellen, welcher zu beiden Seiten mit Bäumen und Gebüschgruppen bepflanzt werden soll - die dazu nötigen Gewächse sind, soweit es nur immer thunlich ist, aus Meinen Hofgärten unentgeltlich [...] abzugeben.“ König Max II. will damit eine Naturkulisse für sein Maximilianeum erschaffen lassen, die zunächst das Terrain nördlich der Maximiliansbrücke bis zur Ausflugswirtschaft Neuberghausen umfassen soll. Damit kann die Spazier- und Erholungszone des Englischen Gartens auf das neu eingemeindet östliche Flussufer übergreifen und die Stadt in eine breitere Grünbasis einbinden.

14. April 1864 – Kabinettssekretär Pfistermeister muss Richard Wagner ausfindig machen

München - Stuttgart * Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister muss - nur einen Monat nach der Thronbesteigung König Ludwigs II. - mit dem schwierigen Auftrag aus München abreisen, den verehrten Musiker ausfindig zu machen und ihn zum König zu bringen. Der hoch verschuldete Komponist war - wieder einmal pleite - mit unbekanntem Ziel abgereist, denn in Wien und in der Schweiz verfolgten ihn die Gläubiger so sehr, dass er sich kaum mehr auf die Straße traute. Nach über zwei Wochen gelang es Pfistermeister, den europaweit gesuchten Schöpfer wichtiger Musikwerke in Stuttgart aufzuspüren.



14. April 1864 – Kabinettssekretär Pfistermeister muss Richard Wagner ausfindig machen

München * Eine der ersten Taten des jungen Bayernkönigs Ludwig II. ist die Berufung Richard Wagners nach München. Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister muss sich - nur einen Monat nach Ludwigs Thronbesteigung - mit dem schwierigen Auftrag aus München abreisen, den verehrten Musiker ausfindig zu machen und ihn zum König zu bringen. Der hoch verschuldete Komponist ist - wieder einmal pleite - mit unbekanntem Ziel abgereist, denn in Wien und der Schweiz verfolgen ihn die Gläubiger so sehr, dass er sich kaum mehr auf die Straße traut. Nach über zwei Wochen gelingt es Pfistermeister, den europaweit gesuchten Schöpfer wichtiger Musikwerke in Stuttgart aufzuspüren.

3. Mai 1864 – Kabinettssekretär Pfistermeister trifft in Stuttgart auf Richard Wagner

Stuttgart * Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister trifft in Stuttgart auf Richard Wagner. Er überreicht ihm Brief, Bild und Ring des bayerischen Königs Ludwig II.. Gemeinsam reisen sie noch am gleichen Tag nach München.

10. Juni 1864 – Richard Wagner bezahlt seine Schulden

München - Wien * Richard Wagner fährt nach Wien, um dort seine Schulden zu begleichen. Dazu werden ihm aus der Kabinettskasse 16.000 Gulden zur Verfügung gestellt. Mit einem Schlag ist der Musiker von seinen Geldsorgen befreit.

31. Dezember 1864 – 42.333 Gulden und 20 Kreuzer für Richard Wagner

München * Ohne Berücksichtigung der Kosten für die Sachgeschenke von Ludwig II. an Wagner betragen die im Jahr 1864 getätigten baren Zahlungen aus der königlichen Kabinettskasse an Richard Wagner insgesamt 42.333 Gulden und 20 Kreuzer. Dem König stehen etwa 300.000 Gulden zur freien Verfügung.

2. Mai 1865 – Die Kabinettskasse kauft eine Wohnung für Richard Wagner

München-Maxvorstadt * Auf Wunsch König Ludwigs II. wird Richard Wagners Wohnhaus an der Brienner Straße 21 von der Kabinettskasse angekauft und dem Komponisten kostenlos zur



Verfügung gestellt.

11. Oktober 1865 – Es kommt zum Zerwürfnis zwischen Wagner und Pfistermeister

München * Nachdem bei Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister die Ausführungsanordnung König Ludwigs II. für Richard Wagners „Was ist deutsch?“ auf Widerstand stößt, kommt es zum Zerwürfnis der Beiden.

11. November 1865 – Wagner will, dass König Ludwig II. ein neues Kabinett bildet

Schloss Hohenschwangau * Zwischen dem 11. und dem 18. November hält sich Richard Wagner bei Ludwig II. in Schloss Hohenschwangau auf. Während diesen ausdauernden Gesprächen fordert Wagner die Entlassung seiner Widersacher, des königlichen Kabinettssekretärs Franz Seraph von Pfistermeister und des bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig von der Pfordten. Respektlos spricht der Komponist von „Pfi“ und „Pfo“. Wagner will, dass König Ludwig II. ein neues Kabinett bildet.

26. November 1865 – Richard Wagner hat den Bogen endgültig überspannt

München * In einem Brief schlägt Richard Wagner dem König vor, den Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister durch Max von Neumayr und den bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig von der Pfordten durch Ludwig von Edelsheim zu ersetzen. Der König wird die Entlassungen erst im Oktober 1866 umsetzen. Nun kommt es zum Eklat. Denn durch sein massives Einmischen in die bayerischen Staatsangelegenheiten hat Richard Wagner den Bogen endgültig überspannt. Der Komponist, der wie kaum ein anderer Zugang zum König hat, wird von der Regierung sowieso mit großem Misstrauen beobachtet. Nun stellt der Ministerrat dem König ein Ultimatum. Ludwig II. habe zu wählen „zwischen der Liebe und Verehrung Ihres treuen Volkes und der Freundschaft Richard Wagners“. Eine breite öffentliche Opposition gegen den Komponisten hat sich gebildet. Sie wirft Richard Wagner vor, er halte den König von den Regierungsgeschäften ab und beanspruche die Kabinettskasse übermäßig. Bald darauf übergeben Münchner Bürger 810 Unterschriften mit der Forderung der Landesverweisung des Komponisten Richard Wagner an den Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister.



6. Dezember 1865 – Richard Wagner soll München für einige Monate verlassen

München-Maxvorstadt * Oberappellationsrat Johann Freiherr von Lutz wird vom Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister zu Richard Wagner geschickt, um ihn zu bitten, München für einige Monate zu verlassen.

10. Dezember 1865 – Fluchtartig verlässt Richard Wagner München

München-Maxvorstadt - Tribschen * Richard Wagner verlässt fluchtartig seine Villa in der Brienner Straße 21 (heute 37) und flieht nach Tribschen in der Schweiz. Die Münchner Gemeindebevollmächtigten sprechen sich in ihrer Sitzung für die Übersendung einer „Danksagung der Stadt München für die Entfernung Richard Wagners aus Bayern“ an den König aus. Diese Aktion wird allerdings nach einem Einspruch des Magistrats unterbleiben. Zwischen Mai 1864 und Dezember 1865 hat Richard Wagner von der Kabinettskasse 99.400 Gulden erhalten. In dieser Summe sind weder die Zuschüsse an Wagner nahestehende Personen, noch die Zuwendungen für die „Tristan und Isolde“-Aufführung in Höhe von 57.500 Gulden. Das entspricht etwa einem Drittel der jährlich rund 300.000 Gulden aus der Kabinettskasse, über die der König ein freies Verfügungsrecht besitzt.

13. Juni 1866 – Die Pläne für ein Richard-Wagner-Festspielhaus

Zürich * Der Architekt Gottfried Semper richtet eine Anfrage an das Kabinett des bayerischen Königs, ob er die Pläne für das Richard-Wagner-Festspielhaus schicken soll, die „seit mehreren Monaten zur Vorlage fertig“ seien. Die schwierige politische Situation, die auch durch den bevorstehenden Krieg gegen Preußen entstanden ist, hat ihn zögern lassen. In den Folgewochen versucht Semper, die Planungen für den Monumentalbau möglichst schnell abschließen zu können.

Oktober 1866 – Ludwig II. entlässt den Kabinettssekretär und den Ministerpräsidenten

München * König Ludwig II. entlässt seinen Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister und den Ministerpräsidenten Ludwig von der Pfordten. Richard Wagner nannte die Beiden respektlos „Pfi“ und „Pfo“. Nun hatte er seine späte Rache.

September 1878 – Ein Wachsfigurenkabinett zeigt unappetitliche Krankheitssymptome



München-Theresienwiese * Ein anatomisch und ethnologisches Wachsfigurenkabinett zeigt unappetitliche Krankheitssymptome. Diese „unsittliche Zurschaustellung“ erregt die Öffentlichkeit.

21. Mai 1881 – „Das Münchener Aquarium“, Münchens erstes Panoptikum, wird eröffnet

München-Hackenviertel * Mit dem „Münchener Aquarium“ öffnet das erste stationäre „Panoptikum“ Münchens. Das Etablissement befindet sich am Färbergraben 24 und wird von Johann Baptist Gassner geführt. Vom Vestibül führen Treppen in die einzelnen Sammlungen. Die namensgebende Attraktion - das Aquarium - befindet sich im Untergeschoss des Anwesens. Der Raum ist als Tropfstein-Grotte gestaltet und kühl, „wie wenn man zur Sommerzeit in des Tannenwaldes Schatten tritt“. Im Vorderteil befinden sich die Süßwasserbecken, im Mittelbau folgen die Meerwasser-Aquarien. Im Kontrast zum Unterwassererlebnis des Aquariums bietet dem Besucher der Ausstellungssaal im Erdgeschoss ein ganz anderes Ambiente. Der Saal ist salonartig mit Kronleuchtern eingerichtet. An der Wand entlang und zwischen den Fenstern sind Affen- und Vogelkäfige aufgestellt, die jeder für sich in Architektur und Dekoration ein separates Schauereignis bieten. In einem mit Maschendraht verkleideten Rundtempel sind auf einem dekorativen blätterlosen Baum exotische Vögel zu besichtigen. Im großen Saal im ersten Obergeschoss sind „raffinierte und spektakuläre Produkte menschlicher Kunstfertigkeit“ untergebracht. Das Angebot reicht von alten chinesischen Skulpturen, historischen Waffen, ausgestopften Tieren, Spieluhren bis hin zu mechanischen und automatischen Maschinen. Eine besondere Attraktion ist ein Telefon, das in Zeitungsinseraten von J. B. Gassner extra beworben wird. Ein weiterer Höhepunkt der Ausstellung ist ein elektrisches Harmonium, das verschiedene, über den Raum verteilte Instrumente und Geräuschquellen in Gang setzen kann. Gassner will damit „Eine Reise um die Welt“ inszenieren. Und gefühlt dann noch Hunderte andere Ausstellungsstücke, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann. In der zweiten Etage befindet sich zur Unterhaltung und zum Zeitvertreib das Panoptikum. Neben anderen Ausstellungsstücken wie den Zauberspiegeln, sind hier humorvolle, aber auch märchenhafte Szenen mit Wachsfiguren aufgebaut. So beispielsweise das „Rotkäppchen und der böse Wolf“, „Drei Polizeiwidrige Gestalten“ oder „Die Klatschweiber“. Hier sind zwei Frauen wegen „Klatschereien“ in eine Geige gelegt worden. Damit sie sich gegenseitig nicht kratzen konnten, werden ihre Hände in besondere Löcher gesteckt und mit einem Schloss versperrt. Zum Abschluss gibt es noch eine Sammlung von „Totenmasken berühmter Persönlichkeiten“ zu sehen. Das Angebot reicht von Napoleon I. bis Martin Luther, von Isaac Newton bis Ludwig van Beethoven. Im Erdgeschoss ist das Restaurant untergebracht, in dem man „noch ein Stündchen in trautem Gespräch bei einem Glas Spatenbier das Gesehene am Geistesauge vorbeiziehen lassen.“ Hier befindet sich auch der Ausgang. Zurück in die Sammlung ist nicht mehr möglich.



2. Mai 1886 – Die königliche Finanzmisere wird öffentlich diskutiert

Nürnberg * Der Nürnberger Anzeiger schreibt zur Finanzmisere König Ludwigs II. folgende Zeilen: „[...] der Staat soll Schulden machen, um die Kalamität der Kabinettskassa zu beseitigen, wozu eine Summe von 12 bis 20 Millionen Mark - nach den verschiedenen Lesearten - nötig sein wird. Ob hierzu wirklich so leicht die Genehmigung der 2/3-Mehrheit der Landboten zu erhalten ist, wollen wir doch erst abwarten, nach unserer Meinung kann hierzu eine Volksvertretung ihre Zustimmung unmöglich geben“.

15. September 1887 – Ludwig Peter Ritter von Klug befürwortet die Aufhebung des Bauverbots

München * Ludwig Peter Ritter von Klug befürwortet als Vorstand der königlichen Hof- und Kabinettskassa - Kraft seines Amtes - die Freigabe des bis dahin der Bautätigkeit verschlossenen Grundstückkomplexes und gibt als Vorstand der Privat-Fidei-Kommiß-Verwaltung und Angehöriger des Stiftungsrats der königlichen Relikten-Anstalt Neuberghausen selbst seine Zustimmung zur Aufhebung des Bauverbots.

1. Juni 1891 – Die Sonntagsruhe wird gesetzlich festgelegt

Deutsches Reich * Die Novelle der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich tritt in Kraft. In ihr wird die Sonntagsruhe gesetzlich festgelegt bzw. deutlich ausgeweitet: Einführung der verpflichtenden Sonntagsruhe für Arbeiter, Klare Regeln zur Einschränkung von Sonntagsarbeit, Festlegung von Ausnahmen und Ersatzruhetagen. Damit wird Zeit für Freizeitvergnügungen geschaffen, wodurch sich ein umfangreiches Vergnügungsleben entwickelt. Varietés, Volkssängerbühnen, Panoptiken, Panoramen, Velodrome, Hippodrome, Vergnügungsparks, Zirkusse, Dioramen oder Wachsfigurenkabinette sowie viele andere Einrichtungen zur Unterhaltung etablierten sich dadurch.

10. März 1894 – Das Internationale Handels-Panoptikum wird eröffnet

München-Hackenviertel * Der Schausteller Carl Gabriel eröffnet gemeinsam mit dem Wachsplastiker Emil Eduard Hammer im ehemaligen Vogl'schen Kaufhaus in der Neuhauser Straße 1/Ecke Färbergraben das „I. Internationale Handels-Panoptikum“. Es ist das größte und bedeutendste Panoptikum Münchens und wird als „ein Bedürfnis der werdenden Großstadt“ bezeichnet. Es gibt rund 2.000 Exponate zu betrachten, davon



etwa 500 Wachsfiguren und Wachspräparate. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfennig, Kinder und Soldaten zahlen die Hälfte. Das Panoptikum ist täglich von 8 bis 21 Uhr geöffnet. Als besondere Attraktion befindet sich in der dritten Etage das Anatomische Museum und ein Extrakabinett mit über 600 Exponaten. Das Extrakabinett dürfen nur Personen über 18 Jahren betreten. Personen beiderlei Geschlechts ist die gemeinsame Besichtigung polizeilich verboten. Am Dienstag und Freitag ist die Anatomische Abteilung ab 14 Uhr nur für Damen geöffnet. Im Keller befindet sich die Inquisitionsabteilung mit einer Sammlung von Folterwerkzeugen, deren Anwendung an lebensgroßen Wachsfiguren dargestellt werden. In der angeschlossenen Verbrecher-Galerie werden hauptsächlich zeitgenössische Massenmörder als Wachsimitate gezeigt.

20. Juli 1917 – Georgij Fürst Lwow tritt zurück

Petersburg * Ministerpräsident Georgij Fürst Lwow tritt zurück. Sein Nachfolger als Ministerpräsident der russischen Provisorischen Regierung wird Alexander F. Kerenski, der seit Mai 1917 im Kabinett Lwow Kriegs- und Marineminister ist.

2. September 1918 – König Ludwig III. fordert eine Revolution von oben

München * König Ludwig III. fordert gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung der Monarchie und zur Stabilisierung des Systems. Ein neues Kabinett soll gebildet werden, dem sowohl das Zentrum wie die Sozialdemokratie angehören soll. Da diese Revolution von oben hauptsächlich dem Machterhalt des bestehenden Systems dient, wird sie nur vom konservativen Teil der Bevölkerung unterstützt. Es wird aber noch bis zum 16. Oktober dauern, bis in Bayern die Frage der Verfassungsreform grundsätzlich erörtert wird.

2. Oktober 1918 – Die MSPD-Spitze ist von Max von Baden begeistert

Berlin * Der MSPD-Vorsitzende Friedrich Ebert berichtet dem Fraktionsvorstand über sein erstes Treffen mit Prinz Max von Baden. Er verspricht sich von dem Kanzlerkandidaten viel für die sozialdemokratische Sache. Auch Philipp Scheidemann bezeichnet den designierten Kanzler als „sehr weit entgegen kommend“, insbesondere was die „entschiedene Demokratisierung“ des Reiches anbelangt. Philipp Scheidemann soll als Minister ohne Portefeuille in das neu zu bildende Kabinett Max von Baden aufgenommen werden.



4. Oktober 1918 – Reichskanzler Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung, die die revolutionäre Bewegung in Deutschland aufhalten soll. Die meisten Staatssekretäre aus der Regierung Hertling bleiben im Amt. Aus den Reihen der Reichstagsmehrheit übernimmt der Zentrums-Abgeordnete Karl Trimborn das Reichsamt des Inneren, der MSPD-Abgeordnete Gustav Bauer übernimmt das Reichsarbeitsamt. Vier weitere Parteienvertreter (Philipp Scheidemann, MSPD; Matthias Erzberger, Zentrum; Adolf Gröber, Zentrum, und Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP) werden zu Staatssekretären ohne Portefeuille. Dem 16-köpfigen Kabinett Baden gehören neun Parteilose, zwei Fortschrittliche Liberale, ein Nationalliberaler, drei Zentrums-Abgeordnete und zwei Vertreter der größten Reichstagsfraktion, den Sozialdemokraten, an. Die halbherzige Zusammenstellung der neuen Regierung unter Reichskanzler Max von Baden ist gewiss kein Systemwechsel und Neuanfang. Sie beteiligt halt zusätzlich ein paar Parteienvertreter, die das Image der Reichsregierung aufpolieren sollen.

6. Oktober 1918 – Die Kaiserkrone im Volk verankern

Berlin * Reichskanzler Max von Baden erklärt im Kabinett: „Wir müssen alles tun, um die Krone im Volk zu verankern.“

7. Oktober 1918 – Die Abdankung des Kaisers keinesfalls zulassen

Berlin * Kabinettschef Friedrich von Berg erklärt Reichskanzler Max von Baden im Garten der Reichskanzlei, er dürfe „unter keinen Umständen über die Abdankung des Kaisers auch nur mit sich reden lassen“.

25. Oktober 1918 – Eine Ehren- und Existenzfrage der Marine

Spa * Admiral Adolf Lebrecht von Throtha, der Chef des Marinekabinetts, schreibt zum Befehl an die Hochseeflotte zur Entscheidungsschlacht gegen Großbritannien: „Wenn auch nicht zu erwarten ist, dass hierdurch der Lauf der Dinge eine entscheidende Wendung erfährt, so ist es doch aus moralischen Gesichtspunkten Ehren- und Existenzfrage der Marine, im letzten Kampf ihr Äußersten getan zu haben.“



31. Oktober 1918 – Die Thronentsagung kann und darf nur eine freiwillige sein

Berlin * Im Kabinett erklärt Reichskanzler Max von Baden, er wird den Kaiser über die Frage der Abdankung fortwährend in geeigneter Form aufklären, muss sich aber dafür Handlungsfreiheit ausbedingen. Die Thronentsagung kann und darf „nur eine freiwillige sein“.

1. November 1918 – Diskussion über die Kaiserfrage im Kabinett

Berlin * Erstmals wird in einer Kabinettsitzung die Kaiserfrage erörtert.

2. November 1918 – Ein bayerisches Abkommen über parlamentarische Reformen

München-Kreuzviertel * Unter dem Eindruck der revolutionären Unruhen im Deutschen Reich schließt die bayerische Regierung mit Delegierten der im Landtag vertretenen Parteien ein Abkommen über parlamentarische Reformen, in der wesentlichen Forderungen der SPD erfüllt werden. Sie beinhaltet: Die Einführung der Verhältniswahl zur Kammer der Abgeordneten. Eine ergiebige Verstärkung der Kammer der Reichsräte durch Vertreter der Gemeinden, der Hochschulen und der wichtigsten Berufs- und Erwerbsstände. Von den Prinzen des Königlichen Hauses gehören nur noch der Kronprinz und fünf weitere der Reichsräte an. Keine weitere Ernennung erblicher Reichsräte. Ein Veto der Reichsräte gegen ein Gesetz kann durch dreimalige Abstimmung der Abgeordnetenkammer überstimmt werden. Die einjährige Finanzperiode. Als Minister können nur Personen berufen werden, die das Vertrauen der Kammern des Landtags besitzen. Ein Ministerium für Soziale Fürsorge wird neu gebildet und mit einem Sozialdemokraten besetzt. Ferner sollen vier Abgeordnete als Minister ohne Portefeuille [= Ressort, Ministerium] berufen werden, einer davon aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion. Die notwendige Kabinettsumbildung ist für den 8. November angekündigt. Die Verhältniswahl zur Abgeordnetenkammer ist eine alte sozialdemokratische Forderung und die Vereinbarungen über die Kammer der Reichsräte laufen auf eine Demokratisierung der Kammer der Adeligen und des hohen Klerus hinaus. Dadurch hätte die Bayerische Verfassung zugleich parlamentarisiert werden sollen. Auch die Vorschrift aus dem Wahlgesetz von 1896, wonach kein Abgeordneter zum Minister berufen werden darf, würde durch diese Gesetzesvorlage abgeschafft werden. Über den königlichen Erlass über die Parlamentarisierung Bayerns soll am 6. November 1918 die Abgeordnetenkammer abstimmen und sich am 8. November die Kammer der Reichsräte mit dieser Vorlage befassen. Doch dazu wird es nicht mehr kommen. Obwohl die sozialdemokratische Münchener Post die Vereinbarung als „Beginn der Demokratisierung Bayerns“ feiert, stehen viele Sozialisten dieser Demokratisierung von



oben sehr skeptisch gegenüber.

6. November 1918 – Kriegsminister Hellingrath und Erhard Auer beruhigen die Minister

München-Kreuzviertel * Am Nachmittag trifft sich das ausscheidende Kabinett mit dem neuen Reform-Kabinett unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto von Dandl. Das eine Kabinett ist nicht mehr handlungsfähig, das andere wird seine Aufgabe erst am 8. November übernehmen. Sorgenvoll blicken sie auf die Massenkundgebung von USPD und MSPD auf der Theresienwiese am nächsten Tag. Man überlegt sogar, Kurt Eisner vorsorglich verhaften zu lassen. Kriegsminister Philipp von Hellingrath erklärt: „Es gibt unruhige und unzuverlässige Elemente auch in der bayerischen Armee, aber, meine Herren, Sie können ganz beruhigt sein. Die Armee als Ganzes ist noch fest in unserer Hand. Es wird nichts passieren.“ Der Vorsitzende der bayerischen Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer, erklärt: „Reden Sie doch nicht immer von Eisner. Eisner ist erledigt. Sie dürfen sich darauf verlassen. Wir haben unsere Leute in der Hand. Ich gehe selbst mit im Zug. Es geschieht gar nichts.“ Dennoch trifft die Regierung Vorkehrungen für den Fall von Gewaltanwendung. Die stationierten Truppen werden in Alarmbereitschaft versetzt und mit Gewehren und Tränengas bewaffnet.

8. November 1918 – Die freudige, vielleicht erlösten Mitwirkung der Beamten erwartet

München-Kreuzviertel * Als Kurt Eisner am Nachmittag dem Provisorischen Nationalrat des Volksstaates Bayern sein Kabinett zur Wahl vorschlägt, begründet er die Beibehaltung der bisherigen Ministerialeinteilung damit, dass man es den Beamten nicht erschweren will, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden. Er rechnet mit der „freudigen, vielleicht erlösten Mitwirkung“ der Beamten und stellt ihnen mit der Demokratie ein Los in Aussicht, das ganz anders sein wird als ihr bisheriges.

8. November 1918 – Kurt Eisner stellt das neue Kabinett zusammen

München-Kreuzviertel * Nun macht sich der Unabhängige Sozialdemokrat Kurt Eisner an die Zusammenstellung des Kabinetts.

8. November 1918 – Das Kabinett des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin entlassen



Schwerin * Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin entlässt auf Druck der Arbeiter- und Soldatenräte das Staatsministerium. Eine Regierung aus zwei Schweriner Ratsvertretern und zwei bürgerlichen Reichstagsabgeordneten wird gebildet.

10. November 1918 – Der Rat der Volksbeauftragten als provisorische Regierung

Berlin * Bildung des Rats der Volksbeauftragten als Provisorische Regierung beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Das Gremium besteht aus je drei Vertretern der Mehrheitssozialdemokraten - MSPD und der Unabhängigen Sozialdemokraten - USPD. Die MSPD entsendet: Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, die USPD: Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth. Ebert und Haase sind gleichberechtigte Vorsitzende. Der Rat der Volksbeauftragten beaufsichtigt das Regierungskabinet, das weiterhin im Amt ist.

15. November 1918 – Hugo Preuß soll die Verfassung der Republik erarbeiten

Berlin * Das Kabinet beruft den liberalen Staatsrechtler Hugo Preuß zum Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren. Preuß soll die neue Verfassung der Republik ausarbeiten. Ein Liberaler und kein Sozialdemokrat wird diese wichtige zentrale Aufgabe anvertraut.

16. November 1918 – König Wilhelm II. von Württemberg entbindet die Beamten vom Treueid

Stuttgart * Der Kabinettschef der königlichen Regierung entbindet im Auftrag König Wilhelm II. mit einem Schreiben an die provisorische Regierung alle Staatsdiener von ihrem Diensteid gegenüber dem König.

18. November 1918 – Der linke Flügel der USPD will die Sozialisierung der Betriebe

Berlin * Der linke Flügel der USPD will die Sozialisierung der Betriebe. Hugo Haase bringt im Kabinet den Antrag ein, dass Betriebe, die reif für die Sozialisierung sind, sofort sozialisiert werden müssen.

19. November 1918 – Die Einstellung der Rüstungsproduktion



München-Kreuzviertel * Die Frage der Entschädigung für zu entlassende Beschäftigte in der Rüstungsindustrie wird im Kabinett besprochen. Das Waffenstillstandsabkommen sieht die Einstellung der Rüstungsproduktion vor. Doch Munitionsfabriken und Werke für Metallerzeugnisse bilden in Bayern die während der Kriegszeit aufgebauten Hauptindustrien. Eine Umstellung auf Friedensproduktion verlangt in den Fabriken neue Maschinen und die Umschulung der Arbeiter.

29. November 1918 – Von der Verletzung der Abrüstungsbestimmungen

München * Auf der Kabinettsitzung wird über die Verletzung der Abrüstungsbestimmungen des Waffenstillstandsabkommens beraten. Dabei stellt sich heraus, dass die Stilllegung der Munitionsindustrie in München 8.000 Arbeiter erwerbslos machen würde. Es wird nichts unternommen, die Produktion wird noch bis Mitte Januar 1919 fortgesetzt. Die Räte protestieren nicht. Für Kurt Eisner ist es ein bedrückendes und moralisches Dilemma, denn es ist nicht nur ein Verstoß gegen das Waffenstillstandsabkommen, sondern auch eine stillschweigende Verleugnung eines Ziels der Revolution.

2. Dezember 1918 – Innenminister Erhard Auer als Hemmschuh der Revolution

München * Für viele Münchner und Bayern ist der Innenminister Erhard Auer von der SPD der „Hemmschuh der Revolution“. Josef Hofmiller schreibt dazu in sein Tagebuch: „Gegen Auer wird unglaublich gehetzt, in aller Öffentlichkeit. Die Gegensätze spitzen sich so zu, dass entweder Eisner zurücktreten oder Auer aus dem Kabinett austreten muss. Letzteres würde den Sieg des Bolschewismus bedeuten.“

19. Dezember 1918 – Der Zentralrat ohne Beteiligung der USPD

Berlin * Am Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands wird über den noch zu wählenden Zentralrat debattiert. Dem Rat der Volksbeauftragten wird die gesetzgeberische und die vollziehende Gewalt übertragen. Der Zentralrat soll das Recht zur Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten des Deutschen Reiches und der Volksbeauftragten Preußens erhalten. Er muss bei der Berufung von Fachministern und Beigeordneten „gehört“ werden und soll das Kabinett „parlamentarisch überwachen“. Der Kongress beschließt gegen die Stimmen der USPD die Vorlage. Die Unabhängigen erklären daraufhin, sich nicht am Zentralrat zu beteiligen.



28. Dezember 1918 – Die USPD-Volksbeauftragten werden ausgebremst

Berlin * Das Kabinett Ebert [= Rat der Volksbeauftragten] tagt gemeinsam mit dem Zentralrat. Die USPD-Volksbeauftragten fordern vom Zentralrat die Beantwortung von acht Fragen im Zusammenhang mit den Vorgängen vom 23./24. Dezember und damit Konsequenzen gegenüber dem Koalitionspartner von der MSPD. Der Zentralrat, dem kein Unabhängiger angehört, unterstützt natürlich die MSPD-Volksbeauftragten.

4. Januar 1919 – Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen

München-Kreuzviertel - Freistaat Bayern * Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen. Es bildet die Grundlage der Landtagswahlen am 12. Januar 1919. In der Präambel zur Republik heißt es: „In der Stunde höchster Not aber, raffte sich dieses ohnmächtige Volk auf, zertrat in gewaltiger revolutionärer Erhebung das schuldige System der Vergangenheit und riß die Macht an sich. Das politisch ohnmächtige Volk wurde durch die Revolution das freieste“. Der Freistaat Bayern wird von einem Einkammersystem und einem Kabinett gemeinsam regiert. Dem Kabinett steht die oberste vollziehende Gewalt zu. Ihm bleibt außerdem das Recht vorbehalten, innerhalb von vier Wochen eine Volksabstimmung über jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz zu verlangen. Im Artikel 7 des Staatsgrundgesetzes heißt es dazu: „Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen. Entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.“ Im Staatsgrundgesetz wird auch festgelegt, dass das Unterrichtswesen in Bayern ab sofort eine staatliche Angelegenheit ist. Der Religionsunterricht ist damit nicht mehr eine allein den Glaubensgemeinschaften obliegende Angelegenheit, die Abschaffung der Adelstitel, die Einführung des Frauenwahlrechts. Dass die Räte im Vorläufigen Staatsgrundgesetz mit keinem Wort erwähnt werden, ist den Liberalen und dem rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verdanken. Der Artikel 17 bestimmt: „Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfs, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden muss, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus.“ Dadurch kann die Eisner-Regierung auf legaler Grundlage die Herrschaft über Bayern auch noch nach der Wahl am 2. Februar 1919 in der Rheinpfalz ausüben.

7. Januar 1919 – Keine Demonstrationen sondern Putschversuche

München-Kreuzviertel * Vom Stadtkommandanten Oskar Dürr erfährt das kurzfristig zusammengetretene Kabinett: „Es handelt sich nicht um reine Demonstrationen, sondern um



reine Putschversuche. Wir können keine Gewähr mehr bieten für die Sicherheit der Stadt. Die Polizei reicht nicht mehr aus, [...] die Truppen machen nicht mehr mit, wenn sie noch länger in solcher Spannung bleiben müssen.“

12. Februar 1919 – Reichspräsident Ebert ernennt die neue Reichsregierung

Weimar * Reichspräsident Friedrich Ebert setzt das neue Reichsministerium ein. Die Reichsregierung wird auch als Weimarer Koalition bezeichnet. Sie besteht aus SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei - DDP. Das Kabinett Scheidemann setzt sich zusammen aus: Philipp Scheidemann, Reichsministerpräsident, SPD; Otto Landsberg, Justizminister, SPD; Gustav Noske, Reichswehrminister, SPD; Rudolf Wissell, Wirtschaftsminister, SPD; Robert Schmidt, Reichs Ernährungsminister, SPD; Gustav Bauer, Reichsarbeitsminister, SPD; Eduard David, Minister ohne Geschäftsbereich, SPD; Eugen Schiffer, stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister, DDP; Hugo Preuß, Innenminister, DDP; Georg Gothein, Reichsschatzminister und Minister ohne Geschäftsbereich, DDP; Johannes Bell, Verkehrsminister und Reichsminister für Kolonien, Zentrum; Johannes Giesberts, Reichspostminister, Zentrum; Matthias Erzberger, Minister ohne Geschäftsbereich, Zentrum; Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Auswärtiges Amt, Parteilos. Die Aufgabe des Rates der Volksbeauftragten ist damit erfüllt.

17. Februar 1919 – Auch in Mitteldeutschland wird gestreikt

Mitteldeutschland * Im mitteldeutschen Industriegebiet beginnt ein Generalstreik, nachdem das Wolff'sche Telegraphenbüro meldete: „Kein Mitglied des Kabinetts denkt daran oder hat je daran gedacht, das Räte-System in irgendeiner Form, sei es in der Verfassung, sei es in dem Verwaltungsapparat, einzugliedern.“

20. Februar 1919 – Kurt Eisners Vorstellungen für eine künftige Regierung

München-Kreuzviertel * Das Kabinett-Eisner beschließt, dass die Regierung ihre Ämter zur Verfügung stellt, sich aber bereit erklärt, die Geschäfte fortzuführen bis zur Wahl einer neuen Regierung. Für Kurt Eisner gibt es nur zwei Optionen: Eine sozialistische Regierung unter Zuziehung des Bauernbundes, die auf eine starke Minderheit gestützt ist, oder die gemeinsame Opposition der beiden sozialistischen Parteien gegen ein rein bürgerliches Kabinett. Er ist schon deshalb gegen eine Koalition mit der klerikalen Bayerischen Volkspartei - BVP, weil sozialistische



Kulturpolitik nur gegen diese Partei zu machen sei. Den gleichen Standpunkt vertritt er in Bezug auf die Regierungsbildung in der Nationalversammlung des Reiches. Er findet für seine politische Auffassung aber nur wenig Zustimmung. In Bayern will er seine Opposition auf die kraftvolle Mitarbeit der Arbeiterräte stützen, deren weitere Wirksamkeit durch die Verfassung gesichert werden soll.

21. Februar 1919 – Ein elfköpfiger Aktionsausschuss übernimmt die vollziehende Gewalt

München-Kreuzviertel * Ein elfköpfiger Aktionsausschuss übernimmt als Zentralrat der Bayerischen Republik an Stelle des Kabinetts Eisner die vollziehende Gewalt, ruft einen dreitägigen Generalstreik aus, verhängt den Belagerungszustand über München, besetzt die Zeitungsredaktionen und verfügt eine drei Wochen dauernde Zensur der bürgerlichen Presse.

25. März 1919 – Dr. Karl Neumaier wird Finanzminister

München-Kreuzviertel * Dr. Karl Neumaier übernimmt das Ministerium der Finanzen im 1. Kabinett Hoffmann.

7. April 1919 – Minister Josef Simon von der USPD tritt zurück

München - Nürnberg * Der im 1. Kabinett Hoffmann für Handel und Gewerbe zuständige Minister Josef Simon von der USPD tritt von dieser Funktion zurück. Begründung: „Nachdem in München die Räterepublik ausgerufen ist, das Ministerium Hoffmann den Kampf gegen das Räteresystem proklamierte, ist mein Verbleiben in diesem Ministerium unmöglich.“

17. April 1919 – Bernhard Dernburg löst Eugen Schiffer ab

Weimar * Bernhard Dernburg, DDP, übernimmt im Kabinett Scheidemann von Eugen Schiffer, DDP, die Funktionen des stellvertretenden Reichsministerpräsidenten [= stellvertretender Reichskanzler] und des Finanzministers.

18. April 1919 – Die Kautsky-Dokumente zur Kriegsschuldfrage werden nicht veröffentlicht



Weimar * Dem Kabinett Scheidemann liegt die Dokumentensammlung zur Kriegsschuldfrage vor. Diese wurde im November 1918 an Karl Kautsky von der USPD in Auftrag gegeben. Die Dokumente belegen, dass die deutsche Reichsregierung im Juli 1914 Österreich-Ungarn zum Krieg gegen Serbien gedrängt hat und damit die Hauptverantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs trägt. Nach ausführlichen Beratungen empfiehlt Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann von der Veröffentlichung der Kautsky-Dokumente vorerst Abstand zu nehmen.

31. Mai 1919 – Umbildung der Regierung Hoffmann in Bamberg

Bamberg * Umbildung der bayerischen Regierung. Ministerpräsident Johannes Hoffmann tritt zurück, um den Weg für das zweite Kabinett Hoffmann freizumachen. In der neuen Koalition aus SPD, BVP sowie der DDP und einem parteifreien Minister haben USPD und der Bauernbund keinen Platz mehr.

17. Juli 1939 – Karl Valentin eröffnet die Ritterspelunke am Färbergraben

München-Hackenviertel * Karl Valentin eröffnet mit Martin Wegmann „im einzigartigen Luftschutzkeller mit Restauration und Vorstellung“ im Färbergraben 33 seine „Ritterspelunke“. Das Lokal ist eine Mischung aus Theater, Kneipe und Kuriositätenkabinett. „Es ist nicht mehr das alte Panoptikum, sondern eine Neufassung dieser Schmunzel- und Gruselschau, die nicht ihresgleichen hat.“ Das Konzept bleibt das alte, da im Wesentlichen die Objekte des Panoptikums aus dem Hotel Wagner in der Sonnenstraße hier wieder zur Aufstellung kommen. Die Verbindung von Kellerraum, Dämmerlicht, schaurige Szenen und akustischer Überhöhung löst beim Publikum eine Art Panik aus, die sich in Schreckensschreie entladen. Zusätzlich verändert Valentin fast täglich die Beschriftung und den Standort der Exponate. So zweifelhaft der Bildungsanspruch des Panoptikums ist, so groß ist sein Unterhaltungswert. Einige Exponate, darunter beispielsweise „Mr. Roll - Erfinder der Rollgerstensuppe“ befinden sich noch heute in dem von Hannes König im Isartor ins Leben gerufenen Valentin-Karlstadt-Museum. „Zum Verlassen des Panoptikums kann der Ausgang kostenlos genutzt werden, dagegen ist der Eintritt von 60 Rpf. am Eingang zu bezahlen.“

1. Dezember 1946 – Die erste Nachkriegswahl zum Bayerischen Landtag

Freistaat Bayern * Bei der ersten Wahl zum Bayerischen Landtag erhält die CSU 104 Sitze, die



SPD erringt 54, die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung - WAV 13 und die FDP 9 Sitze. Dadurch kann Ministerpräsident Hans Ehard ein reines CSU-Kabinett leiten.

Januar 1960 – Hans Ehard wird Bayerischer Ministerpräsident

München * Nachdem Hanns Seidel aus Gesundheitsgründen zurücktreten muss, übernimmt erneut der inzwischen 72-jährige Hans Ehard das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten. Ansonsten ändert sich an der personellen Besetzung des Kabinetts nichts.

25. November 1962 – Absolute Mehrheit für die CSU

Freistaat Bayern * Mit der Wahl vom 25. November 1962 werden endgültig die Weichen für die späteren Regierungsverhältnisse in Bayern gestellt. Seither führen die der CSU angehörenden Bayerischen Ministerpräsidenten - Alfons Goppel, Franz Josef Strauß und Max Streibl - von der Staatskanzlei an der Prinzregentenstraße 9 aus nur noch reine CSU-Kabinette. Mit satten 47,5 Prozent der Stimmen kann die CSU ihren Stimmenanteil erneut um fast zwei Prozent erhöhen. Das Ergebnis reicht für die absolute Mehrheit der Landtags-Mandate aus.

20. November 1966 – Alfons Goppel leitet ein CSU-Kabinett

München * Das Kabinett unter Alfons Goppel setzt sich nur noch aus CSU-Mitgliedern zusammen. Während Goppels Amtszeit kann die CSU ihren Stimmenanteil beständig steigern. So erreicht sie am 20. November 1966 48,1 Prozent.

17. September 1982 – Schmidts Aufforderung für ein Konstruktives Misstrauensvotum

Bonn * Bundeskanzler Helmut Schmidt fordert die Opposition nach dem Kabinettsrückzug der FDP zur Durchführung eines Konstruktiven Misstrauensvotums auf.

16. November 1993 – „... Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt“

München * Klaus Warnecke, Landtagsabgeordneter der SPD schreibt in der Süddeutschen Zeitung einen Leserbrief und bringt darin folgende Meinung zum Ausdruck: „[...] Die



Hindenburgs, Ludendorffs und ihre monarchistischen Attrappen hatten das Volk im Reichsdurchschnitt im Herbst 1918 auf 500 bis 600 Kalorien pro Tag und Nase heruntergehungert. [...] 200.000 bayerische Soldaten waren gefallen. [...] Während sich die Monarchie von dannen stahl und die Generäle an der Dolchstoß-Legende zu stricken begannen, gab es in München eine einzige Kraft, die halbwegs Ordnung in das Chaos zu bringen versuchte und den Umständen entsprechend auch brachte: die von den Konservativen und Reaktionären aller Richtungen bisher aus jeder politischen Verantwortung ferngehaltenen Sozialdemokraten und deren linkspazifistische Absplitterung die USPD mit Eisner an der Spitze. [...] Der totale politisch/militärisch/soziale Scherbenhaufen des Winters 1918/19 war das Erbe des Großmachtwahns der Feldmarschälle und Monarchen. Das Kabinett unter Ministerpräsident Kurt Eisner mit dem Innenminister Erhard Auer und Albert Roßhaupter, die sich auf den eigentlichen Ordnungsfaktor in München, die Arbeiterräte, stützen konnte, hat Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt. Das wahre Chaos begann erst, als der rechtsradikale Offizier Graf Arco den Pazifisten Kurt Eisner am 21. Februar 1919 auf offener Straße ermordete. [...].“

2001 – Liesl Karlstadt wird im Valentin-Karlstadt-Musäum angemessen gewürdigt

München-Graggenau - München-Angerviertel * Liesl Karlstadt wird im Valentin-Karlstadt-Musäum angemessen gewürdigt. Valentins kongeniale Partnerin erhält ein „Liesl-Karlstadt-Kabinett“.
